

## **Antrag**

**der Abg. Jürgen Keck u. a. FDP/DVP**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Soziales und Integration**

### **Integrationsbeauftragte der Stadt- und Landkreise**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. in welchen Stadt- und Landkreisen, Städten und Gemeinden Integrationsbeauftragte bestellt sind sowie welche in welcher Höhe seitens des Landes Zuwendungen nach der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Soziales und Integration über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration (VwV-Integration) erhalten;
2. welche Erkenntnisse ihr darüber vorliegen, dass bei den seitens der Stadt- und Landkreise, Städten und Gemeinden an sich für geeignet erachteten Personen die tatsächliche Bestellung an der Fördervoraussetzung der VwV-Integration, wonach mindestens eine Qualifikation entsprechend den Bildungsvoraussetzungen für die Laufbahnen des gehobenen Diensts (Abschluss eines Diplom- oder Staatsprüfungsstudiengangs an der Dualen Hochschule oder einer entsprechenden Bildungseinrichtung, einer Fachhochschule oder einer Pädagogischen Hochschule oder Abschluss eines Bachelor-Studiengangs an einer Hochschule) vorhanden sein muss, gescheitert ist;
3. aus welchen Gründen sie davon ausgeht, dass Menschen mit mittlerem Bildungsabschluss nicht in der Lage sind, die Funktion einer „zentralen Ansprechstelle der Kommune für den Bereich der Integration“ zu erfüllen sowie die weiteren Aufgabenbeschreibungen wie „zentrale Anlauf-, Beratungs- und Koordinierungsstelle für alle Integrationsangelegenheiten“ oder „regelmäßige Kontakte zu allen Akteuren in der örtlichen Integrationsarbeit unterhalten und die Integrationsarbeit koordinieren, bündeln und mitsteuern“ bzw. „Integrationsangebot transparent und für die Zielgruppen leicht zugänglich machen“ (Ziffer A. 2.2.1 VwV-Integration), wahrzunehmen;

4. ob es zutrifft, dass für die Landesförderung eines Integrationsbeauftragten beispielsweise ein Kernenergie techniker infrage käme, da dieser einen Studienabschluss besitzt und die VwV-Integration im relevanten Bereich keine fachlich-inhaltlichen Vorgaben macht, sondern lediglich auf die oben genannte Qualifikationshürde abstellt;
  5. aus welchen Gründen sie es den Stadt- und Landkreisen, Städten und Gemeinden nicht zutraut, sachgerechte Personalentscheidungen zu treffen und die entsprechende Landesförderung zu gewähren;
  6. welche Signalwirkungen auf die Integrationsarbeit sowie das ehrenamtliche bürgerschaftliche Engagement sie von einem solchen Formalismus erwartet;
  7. wie sich die Kommunalen Landesverbände bezüglich der Fördervoraussetzungen für Integrationsbeauftragte ihr gegenüber geäußert haben;
  8. aus welchen Gründen sie der Auffassung ist, dass die Bekleidung eines Ministeramtes ohne abgeschlossenes Studium möglich ist, nicht jedoch die Wahrnehmung der Aufgabe eines Integrationsbeauftragten der Kommune;
- II. Abschnitt A Nummer 2.2.1 der VwV-Integration neu zu fassen und dabei auf formalistische Förderkriterien zu verzichten.

17. 11. 2016

Keck, Haußmann, Dr. Rülke,  
Dr. Schweickert, Reich-Gutjahr FDP/DVP

#### Begründung

Die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Soziales und Integration über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in der Fassung vom 6. September 2016 regelt in Abschnitt A Nummer 2.2.1 die formalen Voraussetzungen, die eine Integrationsbeauftragte bzw. ein Integrationsbeauftragter erfüllen muss. Dabei wird jedoch nicht auf persönliche und fachliche Eignung abgestellt, sondern streng formalistisch auf einen vorhandenen Hochschulabschluss. Dies ist nicht nur nicht nachvollziehbar, sondern auch unhaltbar und ist deshalb zu ändern. Bei der Abwägung des Antrags sollte die Landesregierung berücksichtigen, dass ihr selbst in der Vergangenheit Mitglieder angehört haben, die kein abgeschlossenes Studium vorweisen konnten. Aus Sicht der Antragsteller müssen die Aufgaben von Integrationsbeauftragten auch von Menschen ohne abgeschlossenes Studium wahrgenommen werden können.

## Stellungnahme

Mit Schreiben vom 7. Dezember 2016 Nr. 4-0141.5/16/1012 nimmt das Ministerium für Soziales und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen,*

*I. zu berichten,*

*1. in welchen Stadt- und Landkreisen, Städten und Gemeinden Integrationsbeauftragte bestellt sind sowie welche in welcher Höhe seitens des Landes Zuwendungen nach der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Soziales und Integration über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration (VwV-Integration) erhalten;*

Die folgende Aufzählung beruht auf den aktuellen Angaben des Städtetags, des Gemeindetags und des Landkreistags Baden-Württemberg, ohne dabei den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Danach sind Integrationsbeauftragte in folgenden Städten und Gemeinden des Landes bestellt:

Stadt Achern	Stadt Aalen	Stadt Backnang
Stadt Baden-Baden	Stadt Bad Mergentheim	Stadt Bad Rappenau
Stadt Bad Urach	Stadt Biberach an der Riß	Stadt Bietigheim-Bissingen
Gemeinde Beimerstetten	Stadt Böblingen	Stadt Breisach am Rhein
Stadt Bretten	Stadt Blaustein	Stadt Bruchsal
Stadt Buchen	Stadt Bühl	Stadt Crailsheim
Stadt Dietenheim	Stadt Ditzingen	Gemeinde Dornstadt
Gemeinde Durmersheim	Stadt Eberbach	Stadt Ebersbach an der Fils
Stadt Ehingen	Stadt Eislingen/Fils	Stadt Ellwangen (Jagst)
Stadt Emmendingen	Stadt Eppingen	Stadt Esslingen am Neckar
Stadt Ettlingen	Stadt Fellbach	Stadt Filderstadt
Stadt Freiberg am Neckar	Stadt Freiburg im Breisgau	Stadt Freudenberg
Stadt Friedrichshafen	Stadt Furtwangen im Schwarzwald	Stadt Gaggenau
Stadt Geislingen an der Steige	Stadt Giengen	Stadt Göppingen
Stadt Haslach	Stadt Heidelberg	Stadt Heidenheim
Stadt Heilbronn	Stadt Herbolzheim	Stadt Herrenberg
Stadt Hockenheim	Stadt Horb am Neckar	Stadt Karlsruhe
Stadt Kehl	Stadt Kenzingen	Stadt Künzelsau
Stadt Kirchheim unter Teck	Stadt Konstanz	Stadt Korntal-Münchingen
Stadt Kornwestheim	Stadt Lahr	Stadt Leinfelden-Echterdingen
Stadt Laupheim	Stadt Leimen	Stadt Leonberg
Stadt Lörrach	Stadt Ludwigsburg	Gemeinde Malsch
Stadt Mannheim	Stadt Markdorf	Stadt Meßkirch
Stadt Metzingen	Stadt Mosbach	Stadt Mössingen
Stadt Mühlacker	Stadt Müllheim	Stadt Münsingen
Stadt Nagold	Stadt Neckarsulm	Stadt Nürtingen
Stadt Oberkirch	Stadt Oberndorf am Neckar	Stadt Offenburg

Stadt Öhringen	Stadt Ostfildern	Stadt Pforzheim
Stadt Radolfzell am Bodensee	Stadt Rastatt	Stadt Ravensburg
Stadt Reutlingen	Stadt Rheinstetten	Stadt Rottenburg am Neckar
Stadt Rottweil	Stadt Schorndorf	Stadt Schriesheim
Stadt Schwäbisch Gmünd	Stadt Schwäbisch Hall	Stadt Sindelfingen
Stadt Singen	Stadt Sinsheim	Stadt Staufen im Breisgau
Stadt Stockach	Stadt Stutensee	Stadt Stuttgart
Gemeinde Sulzfeld	Stadt Tauberbischofsheim	Stadt Trossingen
Stadt Tübingen	Stadt Tuttlingen	Stadt Überlingen
Stadt Ulm	Stadt Vaihingen an der Enz	Stadt Villingen-Schwenningen
Stadt Waiblingen	Stadt Waldkirch	Stadt Walldorf
Stadt Wangen im Allgäu	Stadt Weil am Rhein	Stadt Weingarten
Stadt Weinheim	Stadt Weinstadt	Gemeinde Westerstetten
Stadt Wertheim	Stadt Wiesloch	Stadt Winnenden

Von den Landkreisen verfügen folgende über eine Integrationsbeauftragten-Stelle:

Alb-Donau-Kreis	Biberach	Böblingen
Bodenseekreis	Breisgau-Hochschwarzwald	Calw
Emmendingen	Enzkreis	Esslingen
Freudenstadt	Göppingen	Heilbronn
Hohenlohekreis	Karlsruhe	Konstanz
Lörrach	Ludwigsburg	Main-Tauber-Kreis
Neckar-Odenwald-Kreis	Ortenaukreis	Ostalbkreis
Rastatt	Ravensburg	Rems-Murr-Kreis
Reutlingen	Rhein-Neckar-Kreis	Rottweil
Schwäbisch Hall	Schwarzwald-Baar-Kreis	Sigmaringen
Tübingen	Waldshut	Zollernalbkreis

Aus dem Förderprogramm VwV-Integration des Ministeriums für Soziales und Integration wurden/werden seit Programmbeginn 2013 insgesamt 311 Stellen für Integrationsbeauftragte gefördert. Diese sind:

#### *Städte und Gemeinden*

	<b>Projektträger</b>	<b>Förder- runde</b>	<b>Zuschuss (Euro)</b>
1.	Stadt Aalen	2015	105.000
2.	Stadt Aalen	2016	52.500
3.	Gemeinde Abstatt	2016	52.500
4.	Stadt Achern	2014	105.000
5.	Gemeinde Aidlingen	2016	52.500
6.	Gemeinde Altbach	2016	52.500
7.	Gemeinde Althengstett	2016	52.500
8.	Gemeinde Althütte	2016	52.500
9.	Stadt Backnang	2016	105.000

	<b>Projektträger</b>	<b>Förder- runde</b>	<b>Zuschuss (Euro)</b>
10.	Stadt Bad Dürkheim	2016	52.500
11.	Verwaltungsgemeinschaft Bad Friedrichshall/ Offenau/Oedheim (Stadt Bad Friedrichshall, Gemeinden Offenau, Oedheim)	2016	105.000
12.	Stadt Bad Krozingen	2016	52.500
13.	Stadt Bad Mergentheim	2016	52.500
14.	Stadt Bad Rappenau	2016	105.000
15.	Gemeinde Bad Schönborn	2016	52.500
16.	Stadt Bad Urach	2016	52.500
17.	Stadt Bad Waldsee	2016	105.000
18.	Stadt Baden-Baden	2014	73.500
19.	Stadt Baden-Baden	2016	52.500
20.	Gemeinde Baienfurt (mit Gemeinde Baidt)	2016	52.500
21.	Gemeinde Baiersbronn	2016	105.000
22.	Gemeinde Benningen (mit Gemeinde Pleidelsheim)	2016	105.000
23.	Stadt Besigheim	2016	52.500
24.	Stadt Biberach an der Riß	2016	52.500
25.	Stadt Bietigheim-Bissingen	2016	105.000
26.	Stadt Blaubeuren	2016	52.500
27.	Stadt Blaustein (mit Gemeinden Dornstadt, Beimerstetten, Westerstetten)	2016	105.000
28.	Stadt Blaustein (mit Gemeinden Dornstadt, Beimerstetten, Westerstetten)	2016	105.000
29.	Stadt Böblingen	2016	52.500
30.	Stadt Boxberg	2016	52.500
31.	Stadt Brackenheim	2016	52.500
32.	Stadt Breisach am Rhein	2016	52.500
33.	Stadt Bretten	2014	52.500
34.	Stadt Bretten	2016	52.500
35.	Stadt Bruchsal	2014	78.750
36.	Stadt Bruchsal	2016	52.500
37.	Stadt Buchen	2016	52.500
38.	Stadt Bühl	2015	52.500
39.	Stadt Bühl (mit Gemeinden Bühlertal, Ottersweier)	2016	105.000
40.	Stadt Crailsheim	2016	105.000
41.	Stadt Creglingen (mit Stadt Niederstetten)	2016	52.500
42.	Gemeinde Denzlingen	2016	52.500
43.	Gemeinde Dettenheim	2016	52.500
44.	Stadt Dietenheim (mit Gemeinden Balzheim, Illerrieden)	2016	52.500
45.	Gemeinde Durmersheim	2016	105.000
46.	Stadt Eberbach	2016	52.500
47.	Stadt Ebersbach an der Fils	2016	52.500

	<b>Projektträger</b>	<b>Förder- runde</b>	<b>Zuschuss (Euro)</b>
48.	Gemeinde Edingen-Neckarhausen	2016	105.000
49.	Gemeinde Efringen-Kirchen	2016	52.500
50.	Stadt Ehingen	2016	63.000
51.	Stadt Ellwangen (Jagst)	2016	52.500
52.	Stadt Emmendingen	2016	105.000
53.	Gemeinde Engelsbrand	2016	52.500
54.	Stadt Engen	2016	105.000
55.	Gemeinde Engstingen	2016	52.500
56.	Gemeinde Eningen	2016	52.500
57.	Stadt Eppelheim	2016	52.500
58.	Stadt Eppingen	2016	105.000
59.	Stadt Erbach	2016	105.000
60.	Stadt Esslingen am Neckar	2016	105.000
61.	Stadt Ettlingen	2014	52.500
62.	Stadt Ettlingen	2016	52.500
63.	Stadt Fellbach	2016	52.500
64.	Gemeinde Forst	2016	52.500
65.	Stadt Freiberg am Neckar	2014	52.500
66.	Stadt Freiburg im Breisgau	2016	105.000
67.	Stadt Freudenberg am Main	2016	105.000
68.	Gemeinde Frickenhausen	2016	52.500
69.	Stadt Friedrichshafen	2016	105.000
70.	Stadt Furtwangen im Schwarzwald	2016	52.500
71.	Stadt Gaggenau	2016	73.500
72.	Stadt Gengenbach	2016	52.500
73.	Stadt Gernsbach	2016	52.500
74.	Stadt Giengen	2016	52.500
75.	Gemeinde Gomaringen	2016	52.500
76.	Gemeinde Gottmadingen	2016	52.500
77.	Gemeinde Grenzach-Wyhlen	2016	52.500
78.	Gemeindeverwaltungsverband Gullen (Gemeinden Grünkraut, Bodnegg, Schlier, Waldburg)	2016	52.500
79.	Gemeinde Gundelfingen	2016	52.500
80.	Stadt Gundelsheim	2016	52.500
81.	Stadt Haslach im Kinzigtal	2015	52.500
82.	Stadt Heidelberg	2016	105.000
83.	Stadt Heidenheim	2016	52.500
84.	Stadt Heilbronn	2015	105.000
85.	Stadt Heilbronn	2016	105.000
86.	Stadt Herbolzheim	2016	68.250

	<b>Projektträger</b>	<b>Förder- runde</b>	<b>Zuschuss (Euro)</b>
87.	Gemeindeverwaltungsverband Laichinger Alb (Gemeinde Heroldstatt, Stadt Laichingen, Gemeinden Merklingen, Nellingen, Westerheim)	2016	105.000
88.	Gemeindeverwaltungsverband Laichinger Alb (Gemeinde Heroldstatt, Stadt Laichingen, Gemeinden Merklingen, Nellingen, Westerheim)	2016	105.000
89.	Stadt Herrenberg	2016	105.000
90.	Gemeinde Hilzingen	2016	52.500
91.	Stadt Hockenheim	2016	105.000
92.	Stadt Holzgerlingen (mit Gemeinden Altdorf, Hildrizhausen, Weil im Schönbuch, Schönaich)	2016	52.500
93.	Stadt Horb am Neckar	2016	105.000
94.	Gemeinde Igersheim (mit Stadt Grünsfeld)	2016	52.500
95.	Gemeinde Ihringen	2016	52.500
96.	Gemeindeverwaltungsverband Kirchberg-Weihungstal (Gemeinden Illerkirchberg, Hüttisheim, Schnürpflin- gen, Staig)	2016	52.500
97.	Stadt Isny im Allgäu (mit Gemeinde Argenbühl)	2016	105.000
98.	Gemeinde Karlsdorf-Neuthard	2016	52.500
99.	Stadt Kehl	2016	105.000
100.	Gemeinde Keltern	2016	52.500
101.	Stadt Kenzingen	2016	52.500
102.	Gemeinde Kernen im Remstal	2016	52.500
103.	Gemeinde Kirchberg an der Murr (mit Gemeinde Affalterbach)	2016	52.500
104.	Gemeinde Kirchheim am Neckar	2016	105.000
105.	Stadt Kirchheim unter Teck	2016	52.500
106.	Stadt Knittlingen	2016	52.500
107.	Stadt Konstanz	2014	105.000
108.	Stadt Konstanz	2016	105.000
109.	Gemeinde Korb	2016	105.000
110.	Stadt Korntal-Münchingen	2016	52.500
111.	Stadt Kornwestheim	2016	52.500
112.	Stadt Kraichtal	2016	52.500
113.	Gemeindeverwaltungsverband Eriskirch-Kressbronn- Langenargen (Gemeinden Kressbronn am Bodensee, Eriskirch, Langenargen)	2016	105.000
114.	Stadt Künzelsau	2016	105.000
115.	Stadt Kuppenheim (mit Gemeinde Bischweier)	2016	52.500
116.	Stadt Ladenburg	2016	52.500
117.	Stadt Lahr	2015	52.500
118.	Stadt Lahr	2016	52.500

	<b>Projektträger</b>	<b>Förder- runde</b>	<b>Zuschuss (Euro)</b>
119.	Verwaltungsverband Langenau (Stadt Langenau, Gemeinden Altheim (Alb), Asselfingen, Ballendorf, Bernstadt, Börslingen, Breitingen, Holzkirch, Neens-tetten, Nerenstetten, Öllingen, Rammingen, Setzingen, Weidenstetten)	2016	52.500
120.	Stadt Laupheim	2015	52.500
121.	Stadt Leimen	2016	105.000
122.	Stadt Leinfelden-Echterdingen	2014	52.500
123.	Stadt Leinfelden-Echterdingen	2016	52.500
124.	Gemeinde Lenzkirch (mit Gemeinde Schluchsee)	2016	52.500
125.	Stadt Leonberg	2013	73.500
126.	Stadt Leonberg	2016	84.000
127.	Gemeinde Leutenbach	2016	52.500
128.	Gemeinde Linkenheim-Hochstetten	2016	52.500
129.	Gemeinde Löchgau	2016	52.500
130.	Stadt Löffingen	2016	52.500
131.	Stadt Lörrach	2016	52.500
132.	Stadt Ludwigsburg	2016	52.500
133.	Gemeinde Malsch (Landkreis Karlsruhe)	2016	52.500
134.	Stadt Mannheim	2016	105.000
135.	Stadt Marbach	2016	52.500
136.	Gemeinde March	2016	52.500
137.	Stadt Markdorf	2016	52.500
138.	Stadt Markgröningen	2016	52.500
139.	Gemeinde Meckenbeuren	2016	52.500
140.	Stadt Meersburg	2016	52.500
141.	Stadt Metzingen	2016	105.000
142.	Gemeinde Michelfeld	2016	52.500
143.	Stadt Möckmühl	2016	52.500
144.	Gemeinde Möglingen	2016	52.500
145.	Stadt Mosbach	2016	105.000
146.	Stadt Mössingen	2016	52.500
147.	Stadt Mühlacker	2014	52.500
148.	Stadt Mühlacker	2016	52.500
149.	Stadt Müllheim	2016	105.000
150.	Verwaltungsgemeinschaft Munderkingen (Stadt Munderkingen, Gemeinden Emeringen, Emerkingen, Grundsheim, Hausen am Bussen, Lauterach, Ober-marchtal, Oberstadion, Rechtenstein, Rottenacker, Untermarchtal, Unterstadion, Unterwachingen)	2016	105.000
151.	Stadt Münsingen	2016	52.500
152.	Stadt Neckarsulm	2016	52.500



	<b>Projektträger</b>	<b>Förder- runde</b>	<b>Zuschuss (Euro)</b>
153.	Stadt Neuenbürg	2016	52.500
154.	Stadt Neuenstadt	2016	52.500
155.	Gemeinde Nordheim	2016	52.500
156.	Stadt Nürtingen	2015	63.000
157.	Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen	2016	52.500
158.	Stadt Oberkirch	2015	105.000
159.	Stadt Oberndorf am Neckar	2016	105.000
160.	Gemeinde Oberteuringen	2016	52.500
161.	Stadt Offenburg	2016	52.500
162.	Stadt Offenburg	2016	52.500
163.	Stadt Öhringen	2014	52.500
164.	Stadt Öhringen	2016	52.500
165.	Stadt Ostfildern	2016	52.500
166.	Stadt Östringen	2016	105.000
167.	Gemeinde Ötigheim	2016	52.500
168.	Gemeinde Pfnztal	2016	105.000
169.	Stadt Pforzheim	2015	105.000
170.	Stadt Pforzheim	2016	52.500
171.	Stadt Philippsburg	2016	52.500
172.	Gemeinde Plankstadt	2016	52.500
173.	Stadt Radolfzell	2013	52.500
174.	Stadt Radolfzell	2016	52.500
175.	Stadt Rastatt	2015	73.500
176.	Gemeindeverwaltungsverband Rauenberg (Stadt Rauenberg, Gemeinden Malsch, Mühlhausen)	2016	105.000
177.	Stadt Ravensburg	2016	105.000
178.	Gemeinde Remshalden	2016	52.500
179.	Stadt Reutlingen	2013	52.500
180.	Stadt Reutlingen	2016	105.000
181.	Stadt Rheinau	2016	52.500
182.	Stadt Rheinfeldern (mit Gemeinde Schwörstadt)	2016	52.500
183.	Stadt Rheinstetten	2016	52.500
184.	Stadt Riedlingen	2016	52.500
185.	Gemeinde Rielasingen-Worblingen	2016	52.500
186.	Stadt Rottenburg am Neckar	2015	52.500
187.	Stadt Rottenburg am Neckar	2016	52.500
188.	Stadt Rottweil	2016	52.500
189.	Stadt Sachsenheim	2016	52.500
190.	Gemeinde Salach	2016	52.500
191.	Gemeinde Salem	2016	52.500
192.	Stadt Schelklingen	2016	52.500

	<b>Projektträger</b>	<b>Förder- runde</b>	<b>Zuschuss (Euro)</b>
193.	Gemeinde Schönaich	2016	52.500
194.	Stadt Schorndorf	2014	105.000
195.	Stadt Schorndorf	2016	105.000
196.	Stadt Schriesheim	2016	105.000
197.	Stadt Schwäbisch Gmünd	2016	52.500
198.	Stadt Schwäbisch Gmünd	2016	105.000
199.	Stadt Schwäbisch Hall	2016	52.500
200.	Stadt Schwaigern (mit Gemeinden Leingarten, Massenbachhausen)	2016	105.000
201.	Gemeinde Schwaikheim	2016	52.500
202.	Stadt Schwetzingen	2016	67.200
203.	Gemeinde Schwieberdingen	2016	105.000
204.	Stadt Sigmaringen	2016	105.000
205.	Stadt Singen	2014	95.000
206.	Stadt Singen	2016	105.000
207.	Stadt Sinsheim	2015	52.500
208.	Stadt Sinsheim	2016	105.000
209.	Gemeinde Sontheim	2016	52.500
210.	Stadt Staufen im Breisgau	2016	105.000
211.	Gemeinde Steinen	2016	52.500
212.	Gemeinde Steinenbronn	2016	52.500
213.	Stadt Steinheim an der Murr	2016	105.000
214.	Stadt Stockach	2016	52.500
215.	Gemeinde Straubenhardt	2016	52.500
216.	Stadt Stutensee	2015	52.500
217.	Stadt Stutensee	2016	52.500
218.	Stadt Stuttgart	2014	105.000
219.	Stadt Sulz	2016	52.500
220.	Gemeinde Sulzfeld	2014	52.500
221.	Gemeinde Sulzfeld	2016	52.500
222.	Gemeinde Tamm	2016	52.500
223.	Stadt Tauberbischofsheim	2016	52.500
224.	Stadt Tettngang	2016	52.500
225.	Gemeinde Tiefenbronn (mit Gemeinde Heimsheim)	2016	52.500
226.	Stadt Titisee-Neustadt	2016	52.500
227.	Stadt Trochtelfingen	2016	52.500
228.	Stadt Trossingen	2016	105.000
229.	Stadt Tübingen	2013	52.500
230.	Stadt Tübingen	2016	52.500
231.	Stadt Tuttlingen	2016	52.500
232.	Stadt Überlingen (mit Gemeinde Owingen)	2016	105.000

	<b>Projektträger</b>	<b>Förder- runde</b>	<b>Zuschuss (Euro)</b>
233.	Gemeinde Ubstadt-Weiher	2016	52.500
234.	Stadt Uhingen	2016	52.500
235.	Gemeinde Uhdlingen-Mühlhofen	2016	52.500
236.	Gemeinde Ühlingen-Birkendorf (mit Gemeinde Grafenhausen)	2016	52.500
237.	Stadt Ulm	2016	105.000
238.	Gemeinde Umkirch	2016	52.500
239.	Gemeinde Ummendorf	2016	52.500
240.	Gemeinde Urbach	2016	52.500
241.	Stadt Vaihingen an der Enz	2016	105.000
242.	Stadt Villingen-Schwenningen	2013	52.500
243.	Stadt Villingen-Schwenningen	2016	52.500
244.	Stadt Villingen-Schwenningen	2016	105.000
245.	Gemeinde Vogt	2016	52.500
246.	Stadt Waiblingen	2016	105.000
247.	Gemeinde Waldachtal	2016	105.000
248.	Stadt Waldenbuch	2016	57.750
249.	Stadt Waldkirch (mit Gemeinden Gutach im Breisgau, Simonswald)	2015	52.500
250.	Stadt Waldkirch	2016	52.500
251.	Stadt Walldorf	2016	52.500
252.	Stadt Walldorf	2016	52.500
253.	Gemeinde Walzbachtal	2016	52.500
254.	Stadt Wangen im Allgäu	2016	63.000
255.	Stadt Weil am Rhein	2016	84.000
256.	Stadt Weil der Stadt	2016	105.000
257.	Stadt Weilheim	2016	52.500
258.	Stadt Weingarten	2014	52.500
259.	Stadt Weingarten	2016	52.500
260.	Gemeinde Weingarten (Baden)	2016	105.000
261.	Stadt Weinheim	2016	105.000
262.	Gemeindeverwaltungsverband Raum Weinsberg (Stadt Weinsberg, Gemeinden Eberstadt, Ellhofen, Lehensteinsfeld)	2016	52.500
263.	Stadt Weinstadt	2016	64.050
264.	Gemeinde Weissach im Tal	2016	52.500
265.	Stadt Wertheim	2016	105.000
266.	Stadt Wiesloch	2016	52.500
267.	Stadt Winnenden	2016	105.000
268.	Gemeinde Winterbach	2016	52.500

*Landkreise*

	<b>Projektträger</b>	<b>Förder- runde</b>	<b>Zuschuss (Euro)</b>
1.	Alb-Donau-Kreis	2014	105.000
2.	Alb-Donau-Kreis	2016	105.000
3.	Biberach	2016	105.000
4.	Böblingen	2016	105.000
5.	Böblingen	2016	105.000
6.	Bodenseekreis	2014	105.000
7.	Breisgau-Hochschwarzwald	2016	52.500
8.	Calw	2016	52.500
9.	Enzkreis	2016	105.000
10.	Esslingen	2016	105.000
11.	Freudenstadt	2016	105.000
12.	Göppingen	2016	105.000
13.	Heidenheim	2016	105.000
14.	Heilbronn	2016	52.500
15.	Hohenlohekreis	2014	52.500
16.	Hohenlohekreis	2016	105.000
17.	Karlsruhe	2016	105.000
18.	Karlsruhe	2013	52.500
19.	Konstanz	2016	52.500
20.	Konstanz	2014	105.000
21.	Lörrach	2016	52.500
22.	Main-Tauber-Kreis	2016	52.500
23.	Neckar-Odenwald-Kreis	2016	105.000
24.	Neckar-Odenwald-Kreis	2016	105.000
25.	Ortenaukreis	2016	80.850
26.	Ostalbkreis	2016	105.000
27.	Rastatt	2014	52.500
28.	Rastatt	2016	52.500
29.	Ravensburg	2016	105.000
30.	Rems-Murr-Kreis	2016	105.000
31.	Reutlingen	2014	52.500
32.	Reutlingen	2016	52.500
33.	Rhein-Neckar-Kreis	2014	105.000
34.	Rottweil	2016	105.000
35.	Schwäbisch Hall	2016	105.000
36.	Schwarzwald-Baar-Kreis	2016	105.000
37.	Sigmaringen	2016	105.000
38.	Tübingen	2016	105.000
39.	Tübingen	2014	78.750
40.	Tuttlingen	2016	105.000

	<b>Projektträger</b>	<b>Förder- runde</b>	<b>Zuschuss (Euro)</b>
41.	Waldshut	2016	52.500
42.	Zollernalbkreis	2014	52.500
43.	Zollernalbkreis	2016	52.500

2. *welche Erkenntnisse ihr darüber vorliegen, dass bei den seitens der Stadt- und Landkreise, Städten und Gemeinden an sich für geeignet erachteten Personen die tatsächliche Bestellung an der Fördervoraussetzung der VwV-Integration, wonach mindestens eine Qualifikation entsprechend den Bildungsvoraussetzungen für die Laufbahnen des gehobenen Diensts (Abschluss eines Diplom- oder Staatsprüfungsstudiengangs an der Dualen Hochschule oder einer entsprechenden Bildungseinrichtung, einer Fachhochschule oder einer Pädagogischen Hochschule oder Abschluss eines Bachelor-Studiengangs an einer Hochschule) vorhanden sein muss, gescheitert ist;*

Einzelne Kommunen sind an das Ministerium für Soziales und Integration mit der Frage herangetreten, ob Ausnahmen bzw. Abweichungen von Nr. A. 2.2.1 der VwV-Integration möglich sind. Dies wurde aus den Gründen, die für die Festlegung solcher Anforderungen sprechen (siehe dazu unten die Antwort auf Frage 3), stets verneint. Eine Statistik über diese Einzelfälle wird nicht geführt.

Nach Kenntnisstand des Ministeriums für Soziales und Integration konnten von den insgesamt ursprünglich 314 bewilligten Stellen lediglich zwei nicht besetzt werden. In beiden Fällen hängt die Nichtbesetzung der Stellen nach Kenntnis des Ministeriums nicht mit den Qualifikationsanforderungen nach Nr. A. 2.2.1 der VwV-Integration zusammen. Das Ministerium für Soziales und Integration geht deswegen davon aus, dass es möglich ist, geeignete Bewerber zu finden, die gleichzeitig auch die formalen Anforderungen erfüllen.

3. *aus welchen Gründen sie davon ausgeht, dass Menschen mit mittlerem Bildungsabschluss nicht in der Lage sind, die Funktion einer „zentralen Ansprechstelle der Kommune für den Bereich der Integration“ zu erfüllen sowie die weiteren Aufgabenbeschreibungen wie „zentrale Anlauf-, Beratungs- und Koordinierungsstelle für alle Integrationsangelegenheiten“ oder „regelmäßige Kontakte zu allen Akteuren in der örtlichen Integrationsarbeit unterhalten und die Integrationsarbeit koordinieren, bündeln und mitsteuern“ bzw. „Integrationsangebot transparent und für die Zielgruppen leicht zugänglich machen“ (Ziffer A. 2.2.1 VwV-Integration), wahrzunehmen;*

Das Land fördert Stellen nach Nr. A. 2.2.1 der VwV-Integration, um die Kommunen dabei zu unterstützen, innerhalb ihres Gebiets die strategischen Aufgaben der Koordinierung und Steuerung der Integrationsarbeit noch stärker wahrzunehmen. Neben der Steuerung und Koordinierung der kommunalen Integrationsarbeit gehören zu den Aufgaben der Integrationsbeauftragten unter anderem die Vernetzung von Akteuren, die Kooperation mit Migrantenorganisationen, die Aufklärung der Bevölkerung oder auch die Mitwirkung an der Arbeit des Integrationsausschusses bzw. -rates, soweit vorhanden. Sie sollen die Integrationspolitik vor Ort steuern, bündeln und mitgestalten und verhindern, dass Doppelstrukturen entstehen. Auch angesichts der Vielfältigkeit des Themas Integration und der damit verbundenen Herausforderungen rechtfertigen es diese Aufgaben, bei der Förderung von Integrationsbeauftragten durch das Land einen Studienabschluss als Voraussetzung vorzusehen.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass auch Personen ohne diese Bildungsvoraussetzungen im Einzelfall gute Arbeit als Integrationsbeauftragte leisten könnten. Im Rahmen eines landesweiten Förderprogramms ist es jedoch nicht möglich, im Einzelfall zu überprüfen, ob von den Antragstellern für die Stellenbesetzung ins Auge gefasste Personen ohne die geforderte Qualifikation trotzdem die Gewähr bieten, die mit der Landesförderung verfolgten Ziele zu erfüllen.

*4. ob es zutrifft, dass für die Landesförderung eines Integrationsbeauftragten beispielsweise ein Kernenergie-Techniker infrage käme, da dieser einen Studienabschluss besitzt und die VwV-Integration im relevanten Bereich keine fachlich-inhaltlichen Vorgaben macht, sondern lediglich auf die oben genannte Qualifikationshürde abstellt;*

*5. aus welchen Gründen sie es den Stadt- und Landkreisen, Städten und Gemeinden nicht zutraut, sachgerechte Personalentscheidungen zu treffen und die entsprechende Landesförderung zu gewähren;*

Da die Landesregierung den Kommunen sachgerechte Personalentscheidungen zutraut, beschränkt sich die VwV-Integration auf Mindestanforderungen. Diese gewähren den Kommunen Flexibilität und erlauben ihnen, sich mit Blick auf die konkreten Bedürfnisse vor Ort adäquat aufzustellen. Auswahlverfahren und Auswahl der Bewerber werden dann in Eigenverantwortung der Kommunen durchgeführt.

Die Festlegung von Mindestanforderungen erfolgt vor dem Hintergrund, dass das Land die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten hat (§ 7 LHO). Das Land hat demgemäß bei Zuwendungen darauf zu achten, dass mit den eingesetzten Haushaltsmitteln die beabsichtigten Wirkungen erzielt werden. Nach Auffassung des Ministeriums für Soziales und Integration ist es in diesem Sinne grundsätzlich zielführend, wenn die geförderten Integrationsbeauftragten über einen Studienabschluss verfügen.

*6. welche Signalwirkungen auf die Integrationsarbeit sowie das ehrenamtliche bürgerschaftliche Engagement sie von einem solchen Formalismus erwartet;*

Qualifikationsstandards als Voraussetzung für eine Landesförderung von Stellen für Integrationsbeauftragte festzulegen, verleiht der damit verbundenen Aufgabenstellung besonderes Gewicht und ist ein Zeichen dafür, dass die Landesregierung dem Thema Integration insgesamt einen hohen Stellenwert beimisst. Die Qualifikationsvoraussetzungen sollen dazu beitragen, dass bei der Arbeit der Integrationsbeauftragten ein Schwerpunkt auf die strategischen kommunalen Aufgaben gelegt wird, was für eine konzeptuell gesteuerte Integrationsarbeit und damit für erfolgreiche Integration von zentraler Bedeutung ist. Zudem kann gewährleistet werden, dass landesweit vergleichbare Standards bei der Integrationsarbeit erreicht werden, auch wenn die Handlungsnotwendigkeiten vor Ort unterschiedlich ausgeprägt sind.

Es ist davon auszugehen, dass bürgerschaftliche Engagierte ihre Arbeit wertgeschätzt sehen und sich umso mehr unterstützt fühlen, wenn Begleitung und Zusammenarbeit mit qualifizierten Hauptamtlichen erfolgt.

*7. wie sich die Kommunalen Landesverbände bezüglich der Fördervoraussetzungen für Integrationsbeauftragte ihr gegenüber geäußert haben;*

Den Kommunalen Landesverbänden wurde im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Erlass der VwV-Integration die Möglichkeit gegeben, zum Entwurf der VwV-Integration Stellung zu nehmen. Hinsichtlich der Qualifikationsanforderungen für die Einstellung von Integrationsbeauftragten regte der Landkreistag Baden-Württemberg in seiner Stellungnahme an, den Kommunen mehr Ermessen einzuräumen und die Vorschrift als Soll-Vorschrift zu formulieren. Der Städtetag Baden-Württemberg ging auf Nr. A. 2.2.1 der VwV-Integration nicht ein. Vom Gemeindetag Baden-Württemberg wurde keine Stellungnahme abgegeben.

*8. aus welchen Gründen sie der Auffassung ist, dass die Bekleidung eines Ministeramtes ohne abgeschlossenes Studium möglich ist, nicht jedoch die Wahrnehmung der Aufgabe eines Integrationsbeauftragten der Kommune;*

In verschiedenen Bereichen beispielsweise bei Gemeindekämmerern (vgl. § 116 Absatz 2 Gemeindeordnung), Lehrern oder Ärzten – hat sich der Staat aus guten Gründen dafür entschieden, gewisse Qualifikationsanforderungen für den Berufszugang vorzuschreiben. Zur Rechtfertigung entsprechender Anforderungen bei der Förderung von Stellen für Integrationsbeauftragte mit Landesmitteln wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

Demgegenüber vollzieht sich die Auswahl z. B. von Ministern und Abgeordneten nach anderen Kriterien (Wahl), sodass für deren Berufung andere persönliche Voraussetzungen eine Rolle spielen.

*II. Abschnitt A Nummer 2.2.1 der VwV-Integration neu zu fassen und dabei auf formalistische Förderkriterien zu verzichten.*

Änderungen des Abschnitts A Nummer 2.2.1 der VwV-Integration sind im Hinblick auf die geforderten Qualifikationsanforderungen derzeit nicht vorgesehen. Die VwV-Integration wird insgesamt zu gegebener Zeit einer Evaluation unterzogen.

Lucha

Minister für Soziales und Integration